

NETZWERK GRUNDEINKOMMEN – NEWSLETTER 5

www.grundeinkommen.de

Das Netzwerk Grundeinkommen wurde im Juli 2004 gegründet. Es versteht sich als pluralistischer Zusammenschluss von Individuen und Gruppen, die sich für ein Grundeinkommen einsetzen oder sich dafür interessieren. Der gemeinsame Nenner der Mitglieder ist im Eintreten für die in der Gründungserklärung genannten vier Kriterien für ein Grundeinkommen zu sehen: es soll individuell, ohne Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitsverpflichtung in existenzsichernder Höhe gezahlt werden. Die Website wie auch der Newsletter dienen dem Informations- und Meinungs-austausch der Befürworter und Interessenten eines Grundeinkommens im deutschsprachigen Raum. Das Netzwerk ist als deutscher Zweig des „Basic Income Earth Network“ (BIEN) anerkannt.

Newsletter Grundeinkommen Nr. 5 – April 2005

Der Newsletter Grundeinkommen wird per e-mail alle 1 bis 2 Monate an mehrere hundert Abonnenten in Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie an weitere Interessenten in Europa und außerhalb gesandt.

Für das kostenfreie Abonnement bitte in der Homepage: www.grundeinkommen.de in der Rubrik „Newsletter“ an- oder abmelden. Die angemeldeten Mitglieder des Netzwerks werden automatisch in den Newsletterverteiler aufgenommen. Beiträge und Anregungen für zu behandelnde Themen für künftige Ausgaben des Newsletters Grundeinkommen bitten wir an den Redakteur des Newsletters: Günter Sölken, mail: guenter.soelken@gmx.de zu senden.

Editorial:

Was lange währt wird endlich gut!? – Die Internetseite des Netzwerks Grundeinkommen ist endlich neu gestaltet und aktualisiert worden. Der Umzug auf den Server von jp-Berlin hat sich wesentlich schwieriger und langwieriger gestaltet als von allen erwartet. Deshalb konnte die Seite über mehr als vier Monate nicht gepflegt und nicht aktualisiert werden. Viele hat dies reichlich geärgert, uns selbst – die SprecherInnen – eingeschlossen. Die lange Durststrecke ist nun überwunden und wir können und sollten jetzt vor allem nach vorne blicken, um die neue Homepage und ihre Möglichkeiten optimal für die Verbreitung der Grundeinkommensdiskussion zu nutzen. Dazu und zu den anderen Kommunikationsmöglichkeiten mehr in der Rubrik „Die neue Homepage, Liste und Forum“.

Jetzt online Mitglied im Netzwerk werden! Ausdrücklich weisen wir schon hier darauf hin, dass die beiden Formulare für die Erklärung der Mitgliedschaft von Einzelpersonen und Organisationen jetzt direkt auf der Homepage steht. Somit ist die Möglichkeit gegeben, online die Mitgliedschaft zu erklären. Wir bitten Euch/Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen und innerhalb Eures/Ihres Bekanntenkreises für das Netzwerk zu werben. Die Stärkung des Netzwerkes kann wesentlich dazu beitragen, die Grundeinkommens-Idee in der Bevölkerung

zu verbreiten, sie in gesellschaftlichen Organisationen und die Parteien zu tragen und auf die politische Tagesordnung zu setzen.

In dieser Ausgabe berichten wir auch über das bevorstehende Treffen des SprecherInnenkreises am 9. Mai 2005 in Berlin. Ein Thema wird dabei die im SprecherInnenkreis bereits andiskutierte Möglichkeit der Umwandlung des Newsletters zu einem Webmagazin zum Grundeinkommen sein. (Siehe hierzu in dieser Ausgabe „Newsletter oder Webmagazin“). Außerdem gibt es einen kurzen Bericht über das für das Frühjahr 2006 geplante Jugendevent, eine Rezension des Buches „Bürger, ohne Arbeit“ von Wolfgang Engler sowie den Wiederabdruck eines Interviews mit dem Grundeinkommensbefürworter, Unternehmer und Wirtschaftsprofessor Götz Werner und einen Gastbeitrag von Olaf Willuhn zur Finanzierung der sozialen Sicherung.

Kurz nach der (eigentlichen) Fertigstellung dieses Newsletters ist hier noch ein Beitrag von Michael Opielka eingetroffen, den wir gebeten hatten, noch „noch mit der transatlantischen Brille auf der Nase“ einen Bogen von der sozialpolitischen Diskussion in den USA zu der bei uns zu schlagen. Dem Redakteur des Newsletters hat Opielkas Beitrag gut genug gefallen, um ihn noch schnell einzufügen und an den Anfang der inhaltlichen Beiträge dieser Ausgabe zu setzen (V. Better days ahead).

Inhalt:

	Seite
I. Die neue Homepage, Liste und Forum	2
II. Newsletter und / oder WebMagazin	4
III. Aus dem SprecherInnenkreis	4
IV. Termine	5
V. Michael Opielka: Better days ahead	
VI. Buchbesprechung: Wolfgang Engler: Bürger, ohne Arbeit.	7
VII. Götz Werner „Paradiesische Zustände“. Im Interview mit „brandeins“ legt ein erfolgreicher Unternehmer Zeugnis ab für ein bedingungsloses Grundeinkommen.	9
VIII. Olaf Willuhn: „Wer zahlt eigentlich 42 Prozent?“	16

I. Die neue Homepage, Liste und Forum

Wer in den letzten Wochen auf der Homepage (www.grundeinkommen.de) war, hat festgestellt, dass diese nicht auf dem aktuellen Stand war. Das lag daran, dass sich der notwendige Serverwechsel aufgrund unerwarteter technischer Probleme sehr lange hingezogen hat. Diese Probleme sind mittlerweile gelöst und die Homepage wieder aktualisiert. Ein paar Punkte fehlen noch, so z.B. ein Punkt Mitgliedschaften mit der aktuellen Liste der Mitglieder und eine Terminliste. Bezüglich letzterem sind wir auf Terminhinweise aus dem Netzwerk angewiesen: einfach per email an webmaster@grundeinkommen.de. Dies gilt auch für alle möglichen anderen Informationen: neue Veröffentlichungen, Arbeitspapiere, Presseartikel, Internetseiten für die Link-Seite, Hinweise auf Aktionen usw.

Darüber hinaus sind wir für jegliche Kritik, Verbesserungsvorschläge sowie Hinweise auf Fehler und Mängel dankbar. Nur so lässt sich die Homepage als eine Ressource für das Netzwerk Grundeinkommen weiter verbessern. Das Beste ist einfach mal durchzuklicken, um festzustellen, welche Informationen die Homepage bietet: www.grundeinkommen.de

Viele fragen, warum wir so lange eben nicht aktuell waren. - Ausgangspunkt des leidvoll langwierigen Umzugs der Homepage, der nötig geworden war, nachdem Prof. Michael Opielka aus dem SprecherInnenkreis ausgeschieden war und einen längeren USA-Aufenthalt angetreten hat. Vor diesem Hintergrund konnte es nicht bei der sehr komfortablen Aufhängung der Homepage am Server seines Lehrstuhls an der Uni Jena bleiben. Die Wahl des neuen Servers fiel auf jp-Berlin, ein „politischer Provider“, der u.a. sämtliche Attac-Verteiler und –Debattenlisten betreut. Dass sich die Umstellung trotz der ausgewiesenen Professionalität des neuen Dienstleisters so kompliziert und langwierig gestaltete, war beim besten Willen nicht absehbar. Beim SprecherInnentreffen Anfang Februar bestand noch die Auffassung, dass die Umstellung nur eine Frage von Tagen sein werde.

Bei diesem ersten Treffen des neu gewählten SprecherInnenkreises hatten die SprecherInnen u.a. auch den einstimmigen Beschluss gefasst, das bisher parallel zur Homepage bestehende Carokee-Diskussionsforum zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu schließen und durch eine moderierte Debattenliste zu ersetzen. Eine solche Liste wurde eingerichtet und kann unter <http://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/debatte-grundeinkommen> abonniert werden. Wir waren der Meinung, dass das carokee-Forum in Teilen eine Doppelstruktur zur Homepage darstellt und die Diskussionsfunktion auf die neu eingerichtete Debattenliste übergehen könnte. Diese Entscheidung wurde von einigen NutzerInnen des Forums jedoch heftig angegriffen. Wir haben darauf mit einer Abstimmung über den Erhalt des Forums reagiert, die zugunsten der Beibehaltung eines offenen Forums ausgegangen ist. Daher haben wir auch die Verlinkung von der Homepage auf das Forum wieder hergestellt. Nach wie vor besteht jedoch Dissens über die Vor- und Nachteile einer völlig unmoderierten Forumsdiskussion. Unterschiedliche Auffassungen gibt es auch zur Frage, ob Debatten- und Diskussionsbeiträge der NetzwerkerInnen jedem Besucher der website direkt, d.h. ohne persönliche Anmeldung, oder eben nur nach einer Anmeldung im Netzwerk zugänglich sein sollen. Im Kreis der SprecherInnen besteht nach Ausgang der Abstimmung Einigkeit darüber, dass in einem geschlossenen Bereich des Forums eine Möglichkeit zur offenen Diskussion beibehalten werden soll. Sie soll denen vorbehalten sein, die in der Vergangenheit das Forum intensiv für Diskussionen und Schlagabtausch genutzt haben. Die SprecherInnen wollen diese Mitglieder nicht ausgrenzen und werden diesen Zweig des Forums auch nicht moderieren. Damit verbunden ist jedoch die Erklärung der SprecherInnen, dass das Netzwerk diesen Bereich nicht verantwortet und sich von Inhalten – vor allem wenn sie die „netikette“ verletzen – deutlich distanziert.

Die SprecherInnen werden sich bei ihrem am 9. Mai anstehenden Treffen in Berlin u.a. auch Gedanken über die künftige Rolle und Struktur des Forums machen. Dabei wird auch zu berücksichtigen sein, dass eine Zweigleisigkeit von Foren und Debattenlisten Unübersichtlichkeit zur Folge haben könnte. In jedem Fall muss das Forum jedoch überarbeitet werden, da Teile davon ungenutzt brach liegen, andere Teile Doppelungen mit der Homepage darstellen. Vorschlä-

ge und Anregungen zur künftigen Rolle und Gestaltung des Forums sind daher herzlich willkommen und können sowohl über das Forum (Ast: Neue Diskussion von Meinungen und Konzepten) als auch über den Debattenverteiler an den SprecherInnenkreis gerichtet werden.

II. Newsletter und / oder WebMagazin

Mit der neu-wieder-gewonnenen Möglichkeit, alle relevanten Informationen, Termine, neue Literatur und Debattenbeiträge direkt über die Homepage und die Debattenverteiler zu kommunizieren, verbleibt als eine wesentliche Funktion des Newsletters, diese Informationen noch einmal zusammen zu fassen und eventuell zu kommentieren: dies vor allem als Dienstleistung für diejenigen, die die Internetseiten nicht regelmäßig besuchen.

Darüber hinaus streben wir an, im Newsletter – wie bereits in den letzten Ausgaben begonnen – verstärkt kompetente Gastautoren aus dem Umfeld und Freundeskreis des Netzwerks zu Wort kommen zu lassen; oder aber auch besonders relevante Beiträge aus anderen Publikationen zu übernehmen. In dieser Ausgabe z.B. von „brandeins“ mit freundlicher Genehmigung des Verlags ein Interview mit Götz Werner, dem Chef und Gründer der dm-Drogeriemärkte. Die besondere Relevanz des Interviews ist, dass hier erstmalig ein Unternehmer – und was hinzukommt: ein erfolgreicher – ohne jegliche Abstriche für ein bedingungsloses Grundeinkommen eintritt. 1.500 € nennt Werner als mögliche Höhe des Grundeinkommens – eine Summe, die wahrscheinlich die meisten „linken“ Grundeinkommensbefürworter nicht zu nennen wagen würden. Werners Thesen werden voraussichtlich aber auch im Netzwerk nicht unwidersprochen bleiben: zum Beispiel, dass Werner diesen Betrag voll auf Löhne und Gehälter anrechnen und das Steuersystem zudem noch weit stärker als bereits heute auf Einnahmen aus Verbrauchssteuern umstellen will. In diesem Sinne freuen wir uns bereits auf Ihre/Eure Reaktionen und Leserbriefe. Mit ähnlich interessanten und auch provokanten Gastbeiträgen scheint es durchaus realistisch, den Newsletter schrittweise zu einer Art WebMagazin zum Grundeinkommen auszubauen, das die Chance hat, auch über das Netzwerk hinaus öffentliche Beachtung zu finden. Vor allem durch eine thematische Verknüpfung der Beiträge mit den Top-Themen der aktuellen politischen Diskussionen (u.a. zu Harz IV und zur „Reform“ der Gesundheits- und Alterssicherung) könnte es über ein solches WebMagazin vielleicht gelingen, die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens endlich auch auf die Tagesordnung der etablierten Organisationen und Parteien zu bringen.

Autoren haben wir für die Ende Mai/Anfang Juni erscheinende nächste Ausgabe bereits gewonnen haben, sind Michael Schäfer, KAB, (BGE und die aktuelle Wertediskussion), Thomas Loer, Freiheit-statt-Vollbeschäftigung (zum Thema Arbeitszwang), Michael Opielka, z.Z. Gastprofessor an der University of Berkeley/California (Thema noch offen), Werner Rätz, Attac (offen) und Peter Masloch/Joachim Behnke, Bündnis90/Grüne (zum grünen Grundeinkommenspapier).

III. Aus dem SprecherInnenkreis

Themen des nächsten Treffens der am 12.12.2004 gewählten SprecherInnen des Netzwerks am 9. Mai 2005 in Berlin werden u.a. sein:

- neue Internetseite und Debatte
- Weiterentwicklung und redaktionelle Betreuung des Newsletters
- Stand der Mitgliederentwicklung
- Finanzen / Gründung eines Fördervereins
- Entwurf eines Flyers für externe Veranstaltungen
- Vorbereitung des Wiener Kongresses für ein Grundeinkommen im Oktober
- Vorbereitung des Jugendkongresses in Berlin im März 2006
- Vorbereitung einer Mitgliederversammlung des Netzwerks im Herbst 2005
- Gewinnung und Schulung von Referenten zum Thema Grundeinkommen

Ein Bericht über die Ergebnisse folgt im nächsten Newsletter.

IV. Termine

Zum vormerken:

1. Diskussionsveranstaltung „Krise der Arbeitsgesellschaft

Voraussichtlich am 10. Juni werden Sascha Liebermann, (Freiheit-statt-Vollbeschäftigung) und Wolfgang Engler in Berlin über die "Krise der Arbeitsgesellschaft" diskutieren. Weiteres ist noch nicht bekannt, doch sollte das Programm rechtzeitig unter <http://www.berlinerdebatte.de/ostdeutschlandforschung.htm> abrufbar sein.

2. Ein Grund zum Leben

Diskussionsforum zum Bedingungslosen Grundeinkommen
Donnerstag, den 7. Juli 2005, 20.00 Uhr

Kunsthhaus Dresden – Städtische Galerie für Gegenwartskunst
Rähnitzgasse 8, 01097 Dresden

Das Verschwinden und die Prekarisierung der Erwerbsarbeit verlangt grundsätzliche gesellschaftliche Antworten:

Seit mehreren Jahrzehnten wird sowohl von Wirtschafts-, Politik- und SozialwissenschaftlerInnen die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen als ein Weg aus der Krise beschrieben, von Sozialbewegungen gefordert.

Welche verschiedenen Begründungszugänge zum Bedingungslosen Grundeinkommen gibt es? Wer sind die BefürworterInnen eines Bedingungslosen Grundeinkommens für alle?

Wie sind Solidarität und sozialer Zusammenhalt, wie ist Freiheit neu zu bestimmen, mit einem Bedingungslosen Grundeinkommen lebbar zu machen?

Wie ist ein solches Grundeinkommen politisch durchzusetzen?

Es diskutieren mit Ihnen nach kurzen Statements

- Günter Sölken, Öffentlichkeitsreferent eines mittelständischen Unternehmens, Sprecher Netzwerk Grundeinkommen,
- Dr. Edwin Schudlich, ehemalig wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung Frankfurt/Main und DGB-Sekretär in Hessen,
- Dario Azzellini, Mitglied "Für eine linke Strömung" - FelS, freier Journalist, Berlin.

Moderation:

Katja Kipping, MdL, stellvertretende PDS-Vorsitzende, Sprecherin Netzwerk Grundeinkommen

Das Diskussionsforum zum Bedingungslosen Grundeinkommen findet statt im Rahmen des Projektes "Arbeitshaus – einatmen. ausatmen." (01. Mai bis 17. Juli 2005)

Das Projekt – Ausstellung von 21 KünstlerInnen, Symposien, Filme, Lesungen, Foren, Theater, Aktionen – vereinigt mehrere Kultureinrichtungen, Stiftungen bzw. Akademien der politischen Bildung und Initiativen Dresdens. Es widmet sich dem großen gesellschaftlichen Thema Arbeit, der Verschiebung des Arbeitsbegriffes bis hin zu prekären Beschäftigungsverhältnissen. Individuelle und gesellschaftliche Möglichkeiten des Umgangs mit der Situation werden thematisiert.

Die Ausstellung und ein Großteil der Veranstaltungen finden im Kunsthaus Dresden statt. Das Gesamtprogramm des Projektes "Arbeitshaus – einatmen. ausatmen." finden Sie unter www.kunsthhausdresden.de (Hotline zum Arbeitsfenster: 0351- 272 18 83).

3. Grundeinkommen - die soziale Herausforderung des 21. Jahrhunderts?

Der erste deutschsprachiger Kongress über ein bedingungsloses Grundeinkommen vom 7.- 9. Oktober 2005 in Wien thematisiert soziale Innovation für das 21. Jahrhundert.

Die strukturelle Erwerbslosigkeit und der weitreichende Sozialabbau sind europaweite Probleme. Beantwortet die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen die Krise der Arbeitsgesellschaft und der sozialen Sicherung?

Die Einführung eines Grundeinkommens - alle Menschen erhalten unabhängig von Erwerbsarbeit und Bedarfsprüfung ein existenzsicherndes Einkommen - steht im Mittelpunkt des ersten deutschsprachigen Kongresses über bedingungsloses Grundeinkommen. Auf zwei öffentlichen Podien und in zahlreichen Workshops werden Vor- und Nachteile, Realisierbarkeit und gesellschaftliche Auswirkungen eines Grundeinkommens kontrovers diskutiert. "In Freiheit tätig sein" lautet das Motto des Grundeinkommen-Kongresses 7.-9.10.2005 in Wien.

Genug zum Leben haben, nicht jeden Job um jeden Preis annehmen müssen, ist die Zielperspektive. Der Kongress will einen Innovationsschub für die stagnierende gesellschafts- und sozialpolitische Debatte auslösen, so die VeranstalterInnen.

Den Kongress Grundeinkommen 2005 veranstalten Attac Österreich, das Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt, Attac Deutschland und das deutsche Netzwerk Grundeinkommen. www.grundeinkommen2005.org

4. Future-WeekEnd 006: Anders arbeiten und schöner leben mit Grundeinkommen vom 17. bis 19. März 2006 in Berlin

Mitte April trafen sich zum dritten Mal Leute vom Bund der deutschen katholischen Jugend, vom Netzwerk Grundeinkommen, vom Jugendbildungswerk der Luxemburgstiftung, von Jungdemokratinnen/ Junge Linke, aus den Reihen der PDS-Jugend, sowie der Grünen Jugend und solid, von Gewerkschaftsjugendlichen, von attac sowie vom Jugendwerk der AWO u.a.. Was diese Menschen zusammenbringt, ist das Vorhaben, vom 17. bis 19. März 2006 in Berlin einen Jugendkongress mit Eventcharakter zu den Themen Wandel der Arbeitswelt und Grundeinkommen durchzuführen. Unter dem Titel „Future-WeekEnd 006: Anders arbeiten und leben mit Grundeinkommen“ soll zum einen die Krise der Arbeit, des Sozialen, der Bildung und des Kapitalismus thematisiert werden sowie mögliche Wege aus der Krise, wie Arbeitszeitverkürzung, Grundeinkommen, Bildungsreform und vieles mehr ins Gespräch gebracht werden. Dabei sollen Kultur und Aktion nicht zu kurz kommen.

Interessierte sind herzlich eingeladen sich einzubringen. Das Vorbereitungsteam trifft sich das nächste Mal am 9. Juni 2005 um 16.45 Uhr in Berlin. Der genaue Ort kann über Katja.Kipping@web.de erfragt werden.

V. Better times ahead?

Wie ein Grundeinkommen zuversichtlich stimmt
von Michael Opielka

Vor wenigen Tagen kam ich aus Berkeley zurück an den Rhein. Diesmal war mir Deutschland dort viel präsenter als sonst. Das lag auch am neuen Papst. Aber es lag auch an Präsident Bush. Er zieht derzeit durch die Staaten und predigt in Turnhallen und vor Society-Clubs das Mantra einer Reform der größten Bürgerversicherung der Welt, der „Social Security“ (www.ssa.gov). Sie wurde unter Roosevelt 1935 eingeführt, verpflichtet alle Amerikaner (inklusive den Präsidenten) 12,4 % ihres steuerlichen Einkommens bis zur Höchstgrenze von 90.000 \$ als Rentensteuer zu zahlen und garantiert allen Alten ab 62 (ab 2027 ab 67) sowie den Erwerbsunfähigen eine Rente von durchschnittlich 1.100 \$. Die Mindestrente bei 30jähriger Versicherungszeit beträgt 655 \$, die höchstmögliche Rente 1.939 \$, es wird also umverteilt (wenn auch nicht so kräftig wie in der Schweizer AHV, wo inzwischen die Maximalrente das Doppelte der Grundrente beträgt). Bush will das umlagefinanzierte System zu einem kapitalbasierten System umbauen, obwohl bis 2017 keine Defizite entstehen und bis 2041 der in Staatsanleihen angelegte Sicherungsfonds von 1,7 Billionen \$ die Zahlungen sichert. Sein Ziel ist die „ownership society“ mit möglichst wenig Umverteilung. Zwei Drittel der U.S.-BürgerInnen lehnen das ab.

In Deutschland geht es gerade nicht um eine Rentenreform. Denn die rot-grüne Bundesregierung hat sich Zurückhaltung auferlegt. Die Idee einer Bürgerversicherung, ohnedies beschränkt auf minimale Korrekturen der Krankenversicherung, dümpelt vor sich hin. Die Rentenreform von 2001 brachte die Riester-

Rente (kapitalgedeckt) und die Grundsicherung, eine etwas gelockerte Sozialhilfe für RentnerInnen, aber keine Grundrente. Immerhin hat Franz Müntefering, geschickt zur Landtagswahl in NRW und gezielt auf das neue SPD-Grundsatzprogramm, das bis Herbst 2005 gefunden werden soll, den Kapitalismus kritisiert. „Ich fordere nicht mehr Geld für den Staat. Aber ich stelle mich gegen diejenigen, die nur verächtlich über den Staat sprechen“, erklärte er in der „Zeit“ am 28.4.2005. Das war von einem Sozialdemokraten zu erwarten und es ist nicht falsch. Am gleichen Tag wurde die „größte Online-Umfrage der Welt“ vorgestellt („Perspektive Deutschland“). 511.000 Deutsche hatten ihre Sorgen mitgeteilt. 42% der Befragten sorgten sich um ihren Job, 60% rechnen damit, dass sich ihre finanzielle Situation verschlechtert. Wenn „der Kapitalismus“ die Sorgen erzeugt, stellt sich die Frage, ob die Politik zumindest „soziale Sicherheit“ regelt.

Hier kommt die Idee des Grundeinkommens ins Spiel. Ein Grundeinkommen ist ein Gesellschaftsvertrag, der allen BürgerInnen gewährleistet, dass sie einen Teil des gesellschaftlichen Einkommens erhalten, komme was da wolle. Merkwürdigerweise gibt es derzeit keine Politikerin und keinen Politiker im Deutschen Bundestag, die oder der sich für ein Grundeinkommen einsetzt, jedenfalls nicht öffentlich. Die Politiker werden sagen, es gibt ja seit dem 1. Januar 2005 das Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld, so dass niemand unter ein Minimum fällt - allerdings nach gut begründeter Meinung der deutschen Wohlfahrtsverbände und Armutsforscher um 70 Euro unterhalb des Armutsniveaus. Trotzdem haben die Leute aber Angst. Die beiden zitierten Ängste würde ein Grundeinkommen, rein sachlich betrachtet, nicht nehmen: die Angst vor Jobverlust und finanzieller Verschlechterung. Doch ein Grundeinkommen wäre ein praktisches Symbol. Es würde nämlich signalisieren, dass die wirtschaftliche Teilhabe eines Jeden unabdingbar ist. Es wäre ein Gegensymbol zur kapitalistischen Marktlogik - ohne sie zu zerstören, ja vermutlich ohne sie wirklich zu gefährden. So wie das demokratische Wahlrecht den Kapitalismus erst entfesselte.

Weder Busch noch Schröder (und auch nicht Müntefering oder die selbstgenügsamen Grünen) scheinen die Sorgen der Leute zu verstehen. In einem Punkt haben beide Recht: Zum Glück der Menschen gehört die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Selbstgenügsamkeit genügt nur wenigen. „Die Kunst, stilvoll zu verarmen“ mag zwar zum Bestseller taugen und etwas Richtiges anzeigen, was auch ein Grundeinkommen zielt: Dass nämlich auch wenig viel sein kann. Doch eine politisch kluge Grundeinkommens-Botschaft wird vieldeutiger sein müssen, wenn sie die Mehrheit der Leute erreichen will. Sie muss Sozialdemokraten und Grüne ansprechen, Konservative und Liberale. Sie muss eine bessere Zukunft für alle bedeuten. Geht das? Ich glaube schon. Vielleicht kann die noch kleine Grundeinkommensbewegung vom neuen Papst etwas lernen. Während der verstorbene Johannes Paul II. auf Symbole setzte, ist sein deutscher Nachfolger ein Mann des Denkens, der auf Symbole freilich nicht verzichtet. „Geld ohne Arbeit“, die Botschaft vieler Grundeinkommensbefürworter, spricht die meisten Leute nicht wirklich an. Sie ahnen, dass das nicht wirklich geht. Doch ein „Recht auf Einkommen“, das wollen sie nicht nur denjenigen gönnen, die in Managerfluren und in Börsenhallen abschöpfen, was andere erarbeiten. Es steht allen zu.
Michael Opielka

VI. Buchbesprechung:

Wolfgang Engler: Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft. Aufbau-Verlag, Berlin 2005

Eine Rezension von Ronald Blaschke, Sprecher des Netzwerkes Grundeinkommen

Wolfgang Engler fiel schon früher durch sein Querdenken und durch seine pointierte Schreibweise auf. "Die Ostdeutschen als Avantgarde" heißt ein jüngeres Werk von ihm, das ihn bereits einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machte.

Das jüngste Buch von Engler heißt "Bürger, ohne Arbeit". Nicht: Bürger ohne Arbeit. Das Komma verhilft zur Denkpause. Gemeint ist der Bürger als Mensch. Gemeint ist nicht der Arbeitsbürger ohne Arbeit. Den bespricht Engler allerdings gerecht und rücksichtsvoll: Was verliert ein Arbeitsbürger, der im Netz der Arbeitsgesellschaft verhangen, verfangen und nun ohne Arbeit dasteht? Viel, sagt Engler: "Die kapitalistische Industriegesellschaft benötigte mehr als ein Säkulum, um den Arbeiter zum Bürger zu emanzipieren; wie viel Zeit muss vergehen, um den nächsten Schritt zu wagen, die Emanzipation des Bürgers vom Arbeiter?"

Noch nähren fleißig die Herren der Arbeitsgesellschaft die Illusion von der Vollbeschäftigung. Alles Gerede von Wirtschaftswachstum mit neuen Arbeitsplätzen, von der Innovation, die mehr Arbeit verheißt, von noch mehr Überfluss durch Arbeit, ist aber nicht bloß illusionierend. Es ist gesundheits- und gemeinwohlgefährlich. Es verhindert die Trauerarbeit an dem Verlust der Arbeit als Lebens- und Gesellschaftsmittelpunkt. Wer nicht abtrauern kann, wird nie im Kopf und Körper frei für Neues jenseits der Arbeit. Der wird bei versagter Arbeit krank, dem wird jeder drohende Arbeitsplatzverlust zur größten Angst - sagen an Sigmund Freud Geschulte.

Engler kennt einen gesicherten Grund für den von der Arbeit verlassenen Bürger-Menschen, das bedingungslose Grundeinkommen. Er nennt es auch Bürgergeld nach den technischen Maßgaben der Sozialdividende: "Das Bürgergeld als Menschenrecht greift über den gewohnten bürgerlichen Horizont hinaus; es geht in einer Welt vor Anker, die um die Bedürftigkeit herum gebaut ist, nicht mehr um Äquivalenzen kreist. Es gründet den Menschen in dieser Welt, erkennt ihn fraglos an und begnügt sich mit einer Anspruchs begründung ad hominem: Du bist in diese Welt hineingeboren – lebe in ihr frei von unnötigen Ängsten." Englers Debatte hin zum Bürgergeld hat einen langen Atem: Der Begriff der Arbeit wird diskutiert. Das verschüttete Wissen um die höheren Tätigkeiten, um deretwillen es sich lohnt zu leben, wird freigelegt: Bürger-Mensch, handle als politisch-geselliges Wesen, mische Dich ein, verliere Dich in die höchste Tätigkeit, das einsame Denken, und kehre gern wieder zurück! Bürger-Mensch, Du brauchst keine Angst zu haben, für Dein Leben ist gesorgt!

Mit diesem Aufruf verbindet Engler Kritik:

- die Kritik von Ansätzen, die sich um die Erweiterung des Arbeitsbegriffes bemühen - in die Eigenarbeit, Familienarbeit, Ehrenamtsarbeit hinein - ,

(und damit implizit auch die Kritik darauf basierender Grundeinkommen als Entlohnung pflichtgemäßen "freiwilligen" Tuns),

- die Kritik der Negativen Einkommensteuer wegen ihres impliziten Arbeitsbezuges (führt also Robert Theobald gegen Milton Friedman an),
- die Kritik der Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens durch eine Maschinensteuer bzw. Wertschöpfungsabgabe (weil damit die produktivsten Unternehmen bestraft und Umverteilungsspielräume eingeschränkt werden).

Engler diskutiert vieles mehr, z. B. die "Befreiung von der Arbeit" versus der "Befreiung in der Arbeit". Er entlarvt heutige Reformen als fatalen Stillstand, ja Rückschritt. Er führt Debatten gegen konservative Gerechtigkeitsvorstellungen. Gegen die, die uns ihre Tränen ob des Verfalls familiärer Werte zu saufen geben und gleichzeitig die uneingeschränkte Flexibilisierung des "Humankapitals" in Zeiten der Globalisierung predigen.

Engler beklagt zu Recht die verlorenen Jahre in der Grundeinkommensdebatte. Er kennt aber nicht alle Diskutanten, Diskussionsstränge und Diskussionsergebnisse. Es sind z. B. die Debatten um die internationale Dimension eines bedingungslosen Grundeinkommens, um die Stellung des Grundeinkommens zum bisherigen Sozialsystemen, die Engler nicht reflektiert. Aber dafür wirft sein Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen eine "große kulturelle Frage" auf: "Das Bürgergeld ist der Schlüssel zum unangefochtenen Leben. Auch zu einem aktiven Leben? Wie öffnet man, auf sicheren Grund gestellt, die Türen zum erfüllten Dasein aus eigenem Antrieb, eigenem Vermögen?" Engler meint: "Sich selber Ziele setzen, die das Interesse wecken und die Mühe lohnen; sich fremd werden, über sich hinausstreben und, vielleicht, hinausgelangen, an sich und seinen Fähigkeiten zweifeln, verzweifeln momentan und dennoch neuen Mut fassen - das will geübt, erworben sein." Engler erkennt in dieser Absicht die wahre Funktion der Bildung in der Nacharbeitsgesellschaft – Bildung als kulturell gesicherte Hand, die den Schlüssel führt zur Tür des erfüllten Daseins.

Die Antwort Englers auf die "große kulturelle Frage" greift in die richtige Richtung, aber zu kurz: Erstens, weil es die von André Gorz u. a. diskutierte Möglichkeit und Wirklichkeit einer "Umwerbung des Subjekts durch Gruppen, Verbände, Werkstätten, Klubs, Kooperativen, Vereinigungen und Organisationen" nicht sieht. Zweitens, weil es das grundgesellige und streitende menschliche Wesen verkennt – was eben auch in und neben der Arbeit schon existiert. Es muss also nicht erfunden werden. Lesen wir bei Gorz: "Das unabdingbare Bedürfnis nach einem ausreichenden und sicheren Einkommen ist eine Sache, das Bedürfnis, zu wirken, zu wirken und zu handeln, sich an anderen zu messen und von ihnen anerkannt zu werden, eine andere, die weder in der ersten aufgeht noch mit ihr zusammenfällt."

Ja, vielleicht brauchen wir, um das arbeitslose gesellig-streitende Bedürfnis noch ein bisschen mythisch aufzuladen, einen neuen, anderen Calvin, der uns mit Gott sagt: Du bist auserwählt und erkennst meine Wahl an Deinem guten Handeln als Bürger und Deinem Denken als eigensinniger Mensch! Vertrauen wir auch dem Menschen-Gott, dass er dabei nicht vergisst zu sagen: Ruhe am

siebten Tag, wie ich ruhte von meinen Taten. Und ließ dabei meinen Augen große Freude beim Schauen des Getanen – und des Ungetanen. Dass es so bliebe, wie es ist!

Beim Thema Grundeinkommen weist Englers Buch Lücken auf. Trotzdem ist es sehr zu empfehlen – weil es bekannte und auch neue Fragestellungen in pointierter Form aufwirft. Und weil es – zumindest in weiten Passagen – vergnüglich zu lesen ist.

VII. Wir leben in paradiesischen Zuständen

„Nie zuvor in der Geschichte waren die Menschen so gut mit Gütern und Dienstleistungen versorgt wie heute.

Die Herausforderung ist: daraus etwas zu machen.“

Ein Gespräch des Magazins „brandeins“ mit Götz W. Werner, Gründer der dm-Drogeriemärkte, über seine Vision eines Gemeinwesens, in dem arbeitet, wer arbeiten will. Die Fragen stellte Gabriele Fischer. Übernahme der Textes mit freundlicher Genehmigung von „brandeins“.

brandeins: Mit der Arbeitslosigkeit steigt die Hilflosigkeit. Sie haben eine Vision, wonach sich die Probleme mit einer Kopplung aus Grundeinkommen und Konsumsteuer lösen ließen.

Götz Werner: Das ist das Ergebnis meiner Überlegungen - der Ausgangspunkt ist ein anderer: Wenn man über Wirtschaft spricht, muss man zwischen gesamt- und einzelwirtschaftlichen Aspekten, zwischen Volks- und Betriebswirtschaft unterscheiden. Das wird leider gern versäumt. Unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten geht es um das Gemeinwohl. Unter einzelwirtschaftlichen Aspekten müssen wir das Wohl eines Unternehmens, einer Arbeitsgemeinschaft im Auge haben. Da liegen die Probleme dann oft anders.

brandeins: Einverstanden.

Götz Werner: Noch grundsätzlicher gedacht, hat die Wirtschaft zwei Aufgaben. Die eine, die betriebswirtschaftliche Aufgabe, ist es, die Menschen mit konsumfähigen Dienstleistungen und Gütern zu versorgen - das gelang noch nie so gut wie heute, zumindest in den entwickelten Volkswirtschaften. Wir leben heute in einem Einkaufs-paradies, das heißt, unsere Fähigkeit, Güter und Dienstleistungen hervorzubringen, ist größer als die Bedürfnisse der Menschen. Die andere, die gesamtwirtschaftliche Aufgabe ist, die Menschen mit Einkommen zu versorgen.

brandeins: Damit sie diese Güter auch konsumieren können?

Götz Werner: Ja, sonst funktioniert Wirtschaft nicht. Nehmen wir einmal an, dass wir beide, weil wir so clever sind, die ganze Güterversorgung durch vollautomatische Fabriken sicherstellen könnten. Alles ist automatisiert, kein Mensch müsste mehr für die Herstellung dieser Güter arbeiten. Was müssten wir dann tun? Wir müssten die Menschen mit Geld versorgen oder mit Bezugsberechtigungen - Geld ist ja nichts anderes - damit uns die Menschen all unsere Produkte aus den vollautomatischen Fabriken abkaufen können. Und auch wenn eine solche Fabrik noch Utopie ist - genau dort steuern wir hin: Die Produktivi-

tätsentwicklung hat die Bedürfnisentwicklung längst überholt, wir haben gesättigte Märkte, und wir brauchen immer weniger Menschen um dieses Übermaß an Gütern zu produzieren. Jetzt ist der Moment gekommen, in dem wir uns vom Zwang zur Arbeit befreien können.

brandeins: Das könnte für viele, die gegen ihren Willen von der Arbeit befreit worden sind, zynisch klingen.

Götz Werner: Weil wir immer noch in den alten Paradigmen festhängen: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ Das steckt tief drin, das ist ein altes puritanisches Paradigma. Aber wenn wir genau hinsehen, haben wir uns längst davon verabschiedet. Die ganze Altersversorgung hebt darauf ab, dass die Menschen im Alter einen Anspruch haben, von der Gesellschaft versorgt zu werden. Wir zahlen Kindergeld, weil auch Minderjährige mit entsprechenden Gütern und Dienstleistungen versorgt werden sollen. Ein Teil der Bevölkerung wird über die finanzielle Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe versorgt, ein anderer Teil muss nicht arbeiten, weil er von den geldlichen Früchten eines Vermögens lebt.

brandeins: Konkret stehen 26,5 Millionen regulär Beschäftigten 20 Millionen Rentner, 5 Millionen Arbeitslose und 2 Millionen Bezieher von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II gegenüber. Die Bezieher von Kindergeld oder Bafög sind da noch nicht mitgerechnet.

Götz Werner: Und doch ist in unseren Köpfen noch immer verkoppelt, dass Einkommen aus Arbeit resultiert. Genau das müssen wir trennen: Das eine ist das Einkommen - und das andere ist, dass jemand unter uns lebt, der seine Talente, seine Fähigkeiten einbringt, um für andere zu arbeiten.

brandeins: Oder für sich?

Götz Werner: Das ist das zweite Paradigma, von dem wir uns lösen müssen: der Irrglaube, man arbeite für sich und lebe von seinem geldlichen Einkommen. Zum einen entsteht das Einkommen nicht durch meine Arbeit, sondern dadurch, dass andere eine Leistung für die Gemeinschaft durch ihre Gegenleistung – vorübergehend durch das dazwischentretende Geld - honorieren, sei es bei brandeins, dm oder anderswo. Zum anderen kann ich von meinem Einkommen nicht leben - es sei denn, ich esse Euro-Scheine oder Kreditkarten. Ich bin darauf angewiesen, dass andere für mich arbeiten und konsumfähige Güter und Dienstleistungen herstellen, so dass ich Brot, Milch, Eier, Zucker oder Käse kaufen kann.

brandeins: Ist das nicht einfach nur eine andere Definition?

Götz Werner: Oh, nein - was passiert, wenn eine Gemeinschaft nicht verstanden hat, dass es ihr besser geht, je mehr Menschen für andere tätig sind, haben wir wunderbar in der ehemaligen DDR beobachten können: Dort hatten die Menschen zwar Geld - aber es hat niemand für sie geleistet; deshalb waren die Läden leer. Erstaunlich, dass das den Leuten nicht aufgefallen ist, dass man von seinem Geld nicht leben kann, wenn niemand da ist, der die Regale füllt.

brandeins: Nun sind die Regale voll, aber es fehlt das Geld.

Götz Werner: Das Geld ist nicht das Problem - das Problem ist, dass wir Geld, also Einkommen, immer mit Arbeit koppeln. Die alten Griechen waren da weiter: Ein normaler Grieche hat nicht gearbeitet - dafür hatte er seine Sklaven. Und unsere Sklaven sind die Methoden und Maschinen, die es uns erlauben, immer mehr Güter herzustellen mit immer weniger Arbeit. Wenn aber die Menschen nicht mehr arbeiten müssen, weil Methoden und Maschinen das zu einem immer größeren Teil erledigen - dann müssen wir sie eben mit Einkommen versorgen.

brandeins: Nicht wer arbeitet, bekommt ein Einkommen, sondern wer anwesend ist: die alte Idee des Grundeinkommens.

Götz Werner: Die Idee mag alt sein - aber erst heute sind wir in der Lage, sie umzusetzen. Erst heute haben wir solch paradiesische Zustände, dass die Wirtschaft mehr produzieren kann, als gebraucht wird. Noch vor 30, 40 Jahren konnte sie das nicht: Warum haben wir Gastarbeiter ins Land geholt? Warum haben wir klaglos auf einen VW Käfer zwölf Monate gewartet? Hätte beispielsweise die Wiedervereinigung nicht erst 1990, sondern schon 1970 stattgefunden, unter den gleichen Rahmenbedingungen, aber mit den produktiven Fähigkeiten der siebziger Jahre - dann hätten wir rationieren müssen. Dann hätten wir nicht aus dem Stand 17 Millionen Menschen versorgen können. Dann hätten wir massiven Mangel erleben müssen.

brandeins: Auch wenn die Voraussetzungen nie besser waren - die entscheidende Grundeinkommens-Frage bleibt: Wer ist berechtigt?

Götz Werner: Jeder, den ich sozusagen in meine Obhut nehme - ob als Familie, Kommune, Land oder Nationalstaat. Jeder, für den ich mich verantwortlich fühle.

brandeins: Wer ist ich? Der Staat?

Götz Werner: In diesem Fall ist es eine Gemeinschaft. Welche, kann ich willkürlich festlegen, wobei ich immer für das Subsidiaritätsprinzip eingetreten bin - also dafür, Verantwortung so weit als möglich in der jeweils kleineren Handlungseinheit zu belassen. Aber die Gemeinschaft könnte auch die Europäische Union sein. Oder die ganze Welt - das wäre der Idealfall.

brandeins: Für den Anfang vielleicht ein wenig zu ambitioniert.

Götz Werner: Natürlich. Aber wenn man es zu Ende denkt, könnte eine solche Globalisierung im Geiste der anzustrebende Fall sein: dass ich mich für den Ägypter so verantwortlich fühle wie für mein dritt- geborenes Kind. So kann man Wirtschaft auch definieren: Sie hat die Aufgabe, den Mangel gerecht zu verteilen - in diesem Fall den weltweiten Mangel. Und wir dürfen nicht vergessen, dass wir hier in Europa klimatisch die besten Bedingungen haben, also produktiver sein können.

brandeins: Bleiben wir erst einmal in Deutschland: Wie soll das gehen mit dem Grundeinkommen?

Götz Werner: Wir trennen Arbeit und Einkommen. Tatsächlich haben wir nur deshalb Arbeitslosigkeit, weil wir sagen: Wer nicht arbeitet, liegt dem anderen auf der Tasche. Hätten wir diese Vorstellung nicht, könnten wir sagen: Wir haben so und so viele Menschen und so und so viele Güter - und weil wir so und so viele Güter haben, können wir so und so viel Geld drucken und an die Menschen verteilen. Dann hat jeder sein Grundeinkommen.

brandeins: So viel zur Theorie. Und wo soll das Geld herkommen?

Götz Werner: Nun kommen wir zur Steuerfrage. Das ist jetzt ein ganz neues Thema, aber beide Seiten hängen an ein und demselben Paradigma: Wer arbeitet, der hat Einkommen, und wer Einkommen hat, der kann leben - und deshalb koppeln wir die Steuerbemessungsgrundlage an das Einkommen.

brandeins: Dass das kein sinnvolles Prinzip ist, hat sich immerhin herumgesprochen: Deshalb haben die Steuereintreiber nun vermehrt Erbschaften und Vermögen im Visier.

Götz Werner: Das ist keine neue Idee: Vor ein paar hundert Jahren, als es noch Leibeigene gab und das Einkommen kein Thema war, gab es zum Beispiel Dach-

und Fenstersteuern - im Grunde eine Art Vermögenssteuer. Denn wer reich war und viele Fenster hatte und ein hohes Dach, der zahlte mehr Steuern als einer mit einer kleinen Hütte. Später, als es Einkommen gab, wurde das Prinzip übernommen: Wer mehr Einkommen hatte, zahlte mehr als der, der weniger Einkommen hatte. Aber das war noch zu einer Zeit, in der jeder einzelwirtschaftlich gearbeitet hat - nicht wie heute gesamtwirtschaftlich, also mit nahezu hundertprozentiger Arbeitsteilung.

brandeins: Was ändert das?

Götz Werner: Der Beitrag des Einzelnen zählt nur im Zusammenspiel mit anderen. Je mehr ich als Einzelner leiste, je mehr ich mit meinen Talenten wuchere - desto höher ist der Ertrag für die Gemeinschaft. Und deshalb ist es fatal, dass wir ein Steuersystem haben, das sagt: Je mehr du durch deine Leistung beiträgst, desto mehr Steuern musst du bezahlen, und zwar progressiv. Unterm Strich bedeutet das: Wer den Willen hat, mehr für die Gemeinschaft beitragen zu wollen, der wird eingebremst.

brandeins: Das ist unerfreulich - aber auch Grundeinkommen kosten viel Geld. Woher nehmen?

Götz Werner: Gehen wir auf die andere Seite, zum Konsum. Die Tatsache, dass Menschen konsumieren, führt zu jenen infrastrukturellen Notwendigkeiten, die eine Gemeinschaft finanzieren muss. Im Grunde hat die Steuer die Aufgabe, das Wert-schöpfungsergebnis aufzuteilen - in jenen Teil, über den man privat verfügen kann, und in einen anderen, über den die Gemeinschaft verfügt, um das Gemeinsame zu organisieren. Oder anders gesagt: Der Einzelne muss zurücktreten von seinem persönlichen Konsum, damit die öffentliche Hand konsumieren kann. Das Interessante ist: Während wir auf der Steuerseite bei Mehrleistung Progression erleben - erleben wir auf der Konsumseite bei Mehrverbrauch Degression. Im Dutzend billiger, das kennen wir alle.

brandeins: Vielleicht ein kleiner Ausgleich?

Götz Werner: Eine schlichte Fehlsteuerung. Denn tatsächlich müsste es so sein, dass der Beitrag überhaupt nicht besteuert wird - und dass die Entnahme aus der gesellschaftlichen Wertschöpfung progressiv besteuert wird. Das heißt, immer dann, wenn jemand meint, er müsste in einem erhöhten Umfang Güter und Leistungen in Anspruch nehmen, dann muss er mehr bezahlen. Auch das ist kein neuer Gedanke: Wir haben längst Konsumsteuern. Aber das alles ist noch nicht so recht ins Bewusstsein gedrungen - und wir denken es nicht zu Ende: Wir sollten unser Steuersystem so weiterentwickeln, dass nur noch der Konsum besteuert wird, nicht mehr der Beitrag. Wer viel konsumiert, zahlt viel Steuern, wer sparsam lebt, zahlt wenig Steuern. Denn er benutzt auch weniger die Straße, die Flugplätze, verbraucht weniger Energie, produziert weniger Müll - er fordert der Gemeinschaft weniger ab.

brandeins: Wenn aber der Konsum einzige Steuerquelle ist, sind doch die Bezieher kleiner Einkommen weit mehr betroffen als heute.

Götz Werner: Dafür bekommen sie ein Grundeinkommen, und das muss so hoch sein, dass der einzelne Bürger davon zwar auf einem Minimum, aber menschlich leben kann. Und dass er damit natürlich auch die Mehrwertsteuer bezahlen kann.

brandeins: Wie hoch müsste das Grundeinkommen sein?

Götz Werner: Das ist wieder eine der Fragen, die die Gemeinschaft beantworten muss. Aber nehmen wir mal an, jeder Bürger in Deutschland hätte ein Grundein-

kommen von 1500 Euro. Wenn dann alle sagten, prima, das reicht mir, und würden nur noch konsumieren, dann hätten wir, solange die Fischer-Wernersche Vollautomatisierung noch nicht erreicht ist, natürlich ein Problem. Aber davon müssen wir nicht ausgehen. Stattdessen wird es sehr viele Menschen geben, die sich sagen: Das Grundeinkommen ist mir gerade recht, aber ich habe noch eigene Ziele und Bedürfnisse - jetzt arbeite ich nicht mehr, weil ich muss, sondern weil ich will. Jetzt kann ich tun, was mir liegt, und muss nicht dort arbeiten, wo ich am meisten Geld verdiene. Jetzt kann ich dort arbeiten, wo man angemessen mit mir umgeht. Und wo Produkte erzeugt werden, mit denen ich mich identifizieren kann. Das wäre eine enorme Klimaveränderung im Sozialen.

brandeins: Glauben Sie, dass in einer solchen Welt noch jemand Kassierer in einem Drogeriemarkt sein wollte?

Götz Werner: Aber sicher.

brandeins: Warum?

Götz Werner: Weil es viele Menschen gibt, die das gern machen. Ich rede viel mit den Leuten bei uns, und dann frage ich, wie es so geht, wie die Familienverhältnisse sind - und da gibt es eine Menge Menschen, die arbeiten, obwohl sie es gar nicht nötig haben. Die arbeiten, weil sie unter Menschen sein wollen, weil sie im Netzwerk sein wollen, wie wir heute neudeutsch sagen.

brandeins: Dennoch wird es Jobs geben, um die sich niemand reißt.

Götz Werner: Und die werden wir entweder hoch bezahlen müssen - oder wir erfinden Maschinen, die sie erledigen. Es wird auch keine hitzigen Debatten um Wochenendarbeit mehr geben: Wenn jemand sonntags arbeiten will, dann arbeitet er sonntags. Die Menschen werden befreit von der Notwendigkeit zu arbeiten. Denn wir brauchen kein Recht auf Arbeit und keine Pflicht zur Arbeit - wir brauchen einen freien Willen zur Arbeit.

brandeins: Ist die schöne Utopie in irgendeiner Form finanzierbar?

Götz Werner: Wir erwirtschaften heute in Deutschland, in Europa schon so viel, dass alle überleben können. Schon heute werden alle Menschen mit Geld versorgt, entweder durch eigenes Einkommen, durch Vermögen oder durch Transferzahlungen. Das Geld ist nicht das Problem. Was das Problem ist, „das wahre Elend, hat einer Ihrer Kollegen, Walter Wüllenweber, in einer herausragenden Reportage aus der bildungs-freien Zone im »Stern« (52/2004) beschrieben: Wir haben kein Finanzierungsproblem - wir haben ein Kulturproblem. Wir leben in Aldous Huxleys „Schöne neue Welt, in der wir dauernd abgelenkt werden und unseren Weg nicht mehr finden.

brandeins: Fangen wir also an, das zu ändern. Wie?

Götz Werner: Drei Schritte: die einkommensbasierten Steuern runterfahren, die Konsumsteuern hochfahren und Schritt für Schritt ein Bürgergeld einführen. Wenn wir etwa sagten, ab 1. Mai gibt es in der ersten Stufe für jeden 400 Euro Grundeinkommen, egal, ob er arbeitet, Rentner ist oder Sozialhilfe bezieht, dann hieße das, dass die Mitarbeiter in Ihrem Verlag wie bei uns 400 Euro weniger von uns bekämen - denn die bekommen sie jetzt durch das Grundeinkommen. Dafür müssten wir mehr Konsumsteuer einkalkulieren.

brandeins: Und wie geht das weiter?

Götz Werner: Das geht dann Schritt für Schritt, bis irgendwann die 1500 Euro erreicht sind und sich zum Beispiel eine unserer Kassiererinnen fragt, ob sie für 80 Euro mehr wirklich noch arbeiten soll. Wenn nicht, bleibt sie zu Hause – und der Platz ist frei für jemanden, der Spaß daran hat. Der beste Effekt dabei aber

ist: Die Arbeit am Menschen wird endlich bezahlbar - also all jene arbeitsintensiven Aufgaben, bei denen wenige Maschinen und Methoden eingesetzt werden können. Denn ich muss der Krankenschwester keine 3000 Euro mehr bezahlen, sondern nur noch 1500 Euro. Und es ist auch kein Problem mehr, wenn ein Rentner weiter arbeiten will - soll er, denn er erhöht die gesellschaftliche Wertschöpfung. Seinen (Steuer-)Beitrag leistet er sowieso über den Konsum.

brandeins: Auch wenn das Sparpotenzial leicht vorstellbar ist, wenn nicht mehr ein riesiger Beamtenapparat über die Rechtmäßigkeit von Zuwendungen wacht – kann denn die Konsumsteuer für solch paradiesische Zustände wirklich ausreichen?

Götz Werner: Das tut sie längst. Wenn wir es genau betrachten, dann zahlt schon heute nur der Endverbraucher wirklich Steuern. Denn ich als Unternehmer kalkuliere Steuern - wenn mir das nicht gelingt, macht mein Unternehmen Verlust, und ich bezahle erst recht keine Steuern. Ich behaupte: Alle Steuern, die wir heute im Unternehmensbereich bezahlen, seien es Vermögens-, Erbschafts-, Einkommens-, Gewerbe- oder Körperschaftssteuern, schlagen sich in den Preisen nieder. Allerdings könnte es eine interessante Übung für die demokratische Bewusstseinsbildung sein, wenn der Staatsanteil durch eine saubere Konsumsteuer einmal offenbar würde: Vermutlich hätten wir eine Quote von 45 bis 50 Prozent.

brandeins: Das klingt eher nach „sauber deklarieren“ statt nach neuen Paradigmen: In der Wirtschaft würde alles laufen wie bisher?

Götz Werner: Sicher nicht, denn das Problem der einkommensbasierten Steuer ist auch, dass sie nicht am Ende des Wertschöpfungsstromes ansetzt, sondern dazwischen. Sie treibt sozusagen Knospenfrevel: Sie greift steuerlich schon zu, wenn das Produkt noch gar nicht fertig ist, an jedem Übergang - und das führt zu einer Menge Fehlentscheidungen. Weil die Steuer immer wieder in den Unternehmen zugreift, werden Maßnahmen ergriffen, die für das Wirtschaftsgeschehen eigentlich kontra-produktiv sind: Es wird gebaut, verbraucht, investiert - nur der Steuern wegen. Bei der Konsumsteuer dagegen wird nur das untergehende, das verbrauchte Produkt besteuert - das ist auch ein wichtiger Unterschied zur Ökosteuer: Die Ökosteuer wird nicht am Pol des Konsums, sondern am Pol der Erzeugung erhoben. Als wäre es kein Unterschied, ob ich mit dem Benzin einen Panzer betanke oder einen Krankenwagen.

brandeins: Das heißt, auch die Konsumsteuer steuert: Was für das Gemeinwesen gut ist, wird niedrig, was nicht so gut ist, hoch besteuert?

Götz Werner: So sollte es sein.

brandeins: Und wer bestimmt, was gut ist und was nicht?

Götz Werner: Der gesamtgesellschaftliche, parlamentarisch legitimierte Konsens.

brandeins: Also die Regierung. Ist da nicht wieder Raum für jede Menge Ideologie?

Götz Werner: Sicher, aber das ist doch immer unser Los. Entscheidend ist für mich, dass wir Methoden und Werkzeuge entwickeln, die möglichst wenige Kollateralschäden zur Folge haben. Dass der Staat Geld braucht, ist klar. Wenn er es aber auf eine Weise erhebt, dass dadurch Investitionsentscheidungen fehlgeleitet werden und Menschen ihren Beitrag nicht mehr leisten - dann ist das ein Kollateralschaden. Mit der Konsumsteuer sind diese Schäden geringer, es gibt keine Diskussionen mehr über Abschreibungen, die Bilanzen könnten viel transpa-

renter, offener und damit richtiger sein. Und es müssten auch viel weniger Produktionen ins Ausland verlagert werden. Deutschland würde ein absolutes Steuerparadies - obwohl ich sicher bin: Die anderen würden schnell hinter den Trick kommen.

brandeins: Ist das für Sie eine langfristige Vision, etwa für das Jahr 2100?

Götz Werner: Das ist auch eine Frage der Definition: Für mich ist Entwicklung ein diskontinuierlicher Prozess, der irreversibel in der Zeit verläuft. Entwicklung geht immer schubweise, das gehört zum Prozess. Es kann sein, dass die Zeit für eine solche Idee ganz schnell kommt. Als zum Beispiel Ende der dreißiger Jahre Ludwig Ehrhardt das Konzept der sozialen Marktwirtschaft entwickelte, hätte keiner gedacht, dass schon 1948 die Zeit für diese Idee gekommen ist. Aber es war entscheidend, dass es dieses Konzept bereits gab. Das gilt auch heute: Wir müssen die Dinge in die Zukunft denken, die Zukunft antizipieren, heute schon die Antworten auf die noch offenen Fragen finden. Und wenn es so weit ist, ein durchdachtes Konzept zur Verfügung haben. --

Götz W. Werner

Er sei Zahnpasta-Verkäufer, sagt er von sich selbst. Und umschreibt damit in schöner Bescheidenheit, dass er nicht nur eine der erfolgreichsten Drogeriemarkt-Ketten aufgebaut, sondern auch bewiesen hat, dass Erfolg haben kann, wer sein Unternehmen als „soziale Skulptur“³ begreift - nicht als Selbstversorgungsbetrieb. Seit dem Wintersemester 2003/2004 gibt Werner seine Erkenntnisse an den Nachwuchs weiter: Er leitet das Interfakultative Institut für Entrepreneurship an der Technischen Hochschule Karlsruhe. Werner ist verheiratet und Vater von fünf Kindern.

www.dm-drogeriemarkt.de Seine Antrittsvorlesung an der TH Karlsruhe unter: www.uvka.de/univerlag/volltexte/2004/29/pdf/Antrittsvorlesung.pdf

VIII. „Wer zahlt eigentlich 42 Prozent?“

Ein Diskussionsbeitrag zum Thema Gerechtigkeit und Lastenverteilung in der Solidargemeinschaft. – Auch zu verstehen als ein Plädoyer für den Umbau des Sozialversicherungssystems von Olaf Willuhn*

Das Lamento über zu hohe „Lohnnebenkosten“ ist allgegenwärtig. Der wirtschaftspolitische Sprecher einer Regierungspartei im Deutschen Bundestag zum Beispiel darf in einem Radiointerview Anfang März unwidersprochen behaupten, dass die Lohnnebenkosten in Deutschland mit rd. 42% viel zu hoch seien. Und so ähnlich tönt es allerorten. Zuletzt am 15. März 2005 aus präsidialem Munde. An diesem Lamento ist alles richtig und alles falsch.

Es ist alles richtig: Heute wird das Einkommen eines Angestellten oder Arbeiters, der 500, 1.000, 2.000 oder auch 3.000 Euro im Monat brutto erhält, mit rd. 42% für die Absicherung von Rente, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Pflege belastet.

Es ist alles falsch: bei einem monatlichen Brutto-Einkommen von 5.000 Euro sind es heute rd. 34% in Ostdeutschland (rd. 38% im Westteil des Landes), bei

10.000 Euro rd. 17% im Osten (19% im Westen) und bei 500.000 noch 0,3% im Osten (0,4% im Westen). Oder anders – in absoluten Zahlen – ausgedrückt: Bei einem Einkommen von 2.500 Euro gehen heute rd. 1.050 Euro in die Sozialversicherung, bei einem Einkommen von 5.000, 10.000 oder auch 500.000 sind es rd. 625/842 Euro mehr, also rd. 1.675 Euro im Osten, im Westen immerhin 1.891,50 Euro.

Denn die Sozialversicherungssysteme heute sind nicht solidarisch finanziert. Ja schlimmer, das Prinzip, das jeder Einzelne nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung des Gemeinwesens beizutragen hat, ist in den Sozialversicherungssystemen nicht nur aufgehoben, sondern nachgeradezu verkehrt worden. Das heutige Sozialversicherungssystem ist nicht solidarisch, es ist degressiv aufgebaut (ab bestimmten Grenzen, den Beitragsbemessungsgrenzen, BBG). Die BBG sind unsolidarisch, unsozial, ungerecht.

Sie verhindern, dass eines der Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und des modernen und aufgeklärten Sozialstaats, ein jeder solle an den Gemeinschaftsaufgaben nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beteiligt werden, auf den Kopf gestellt sind.

Ein weiterer Effekt der BBG ist, dass derzeit ein nicht unerheblicher Teil der Lohn-/Gehalts-Volumens an den Sozialversicherungssystemen „vorbeilaufen“. Wenn also die BBG aufgehoben, ersatzlos gestrichen werden, kann die Sozialversicherungsquote (derzeit rd. 42% bei den Löhnen und Gehältern bis 3.250 Euro) gesenkt werden. In der Folge verringern sich die Lohnkosten, gerade bei den geringer bezahlten Tätigkeiten, erheblich. Neue Jobs können und werden entstehen.

Zugleich steigt das Nettoeinkommen, gerade der Bezieher geringerer Einkommen und damit zum einen die Konsumfähigkeit und die Binnennachfrage und zum zweiten die Fähigkeit private Vorsorge zu betreiben. Die Binnennachfrage wird gestärkt. Neue Jobs können und werden entstehen.

Nebenbemerkung: Gerne wird heute postuliert, wir/Deutschland bräuchte Wachstum, damit Arbeit entsteht. Es ist umgekehrt: Aus Arbeit entsteht Wachstum (So mancher mag sich noch an die Geschichte mit dem „Mehrwert“ erinnern, den die Arbeiter schaffen). Aufgabe der Manager in den Unternehmen, manchmal sogar der Unternehmer selbst, ist es dafür zu sorgen, dass das von ihnen geführte Unternehmen aus dem Einsatz von Arbeitskraft und Technologie/Innovation, Profite und eine angemessene Rendite erzielen kann. Ob sie dieser Aufgabe im Wesentlichen gewachsen sind, sei hier nicht weiter kommentiert. Wenn wir also – zum Beispiel durch die Entlastung gerade der am geringsten bezahlten Arbeiten – für neue Jobs sorgen, sorgen wir für Wachstum, in dessen Sog dann wieder neue Arbeit entsteht.

Die Schwierigkeiten, die bei Einstieg in ein solches Modell auftreten werden, sind zum größten Teil wohl vorhersehbar:

- Problematik der Privaten Krankenversicherungen
- Ansprüche aus Rentenversicherung, die, durch zum einen geringere Beiträge zum zweiten für heutige Verhältnisse sehr hohe Beiträge, entstünden, ließen wir ansonsten alles beim Alten
- Beitragsabhängige Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung.

Schwierigkeiten sind dazu da, gelöst zu werden.

Es gibt zu einem komplett geänderten Modell der Sozialversicherung, gerade vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden und zu erwartenden demografischen Entwicklung in Deutschland, keine Alternative.

Nun wird es weitere Einwände geben. Einwände, die da in ungefähr lauten „Aber die Spitzeneinkommen sind doch durch die Steuern eh schon stärker belastet“. Stimmt. Und stimmt auch wieder nicht. Rechnen wir noch einmal.

Spitzensteuersatz 42% plus sagen wir einmal gewichtet zwischen Ost-/Westdeutschland 0,2% Eigenanteil zur SV ergeben 42,2% Gesamtbelastung. Eingangssteuersatz 15% plus 21% Eigenanteil ergibt eine Gesamtbelastung von 36%. Wenn man einmal davon ausgeht, dass der „Arbeitgeberanteil“ an der Sozialversicherung eigentlich nicht existiert, dass dieser genau wie der Eigenanteil, eigentlich Lohnbestandteil und nicht „Lohnnebenkosten“ sind, ergibt sich noch ein anderes Bild: Spitzensteuersatz 42% plus sagen wir einmal gewichtet zwischen Ost-/Westdeutschland 0,4 SV-Abgaben ergeben 42,4% Gesamtbelastung. Eingangssteuersatz 15% plus 42% SV-Abgaben ergibt eine Gesamtbelastung von 57%.

Aber so darf man doch nicht rechnen? Stimmt und stimmt auch wieder nicht.

Es stimmt, weil gewisse Feinheiten hier nicht wiedergegeben werden (Ich bin kein Wirtschaftswissenschaftler). So liegt die SV-Quote wohl nur ca. bei 42%, sie kann höher und niedriger ausfallen, je nachdem, welchen KK-Tarif man bezahlt. Das Steuerfreie Existenzminimum kann ich in diese Berechnung nicht einbeziehen. Wie gesagt, ich bin kein Wirtschaftswissenschaftler.

Stimmt nicht, dass man so nicht rechnen darf, weil die Tarifaufsetzungen der letzten Jahrzehnte anders ausgefallen wären, hätte es die „Belastung“ der Unternehmen durch ihren paritätischen Beitrag zur SV nicht gegeben. Sprich: Die Löhne wären höher gewesen, der SV-Beitrag der Unternehmer wäre Lohn gewesen. Der SV-Beitrag der Arbeitgeber heute ist also im eigentlichen Lohn/Gehaltsbestandteil.

Die Schwierigkeiten mit den Privaten Krankenkassen, könnten als Krücke beispielsweise über die Erhöhung der BBG gelöst werden. Die BBG ist auch in den letzten Jahrzehnten immer wieder erhöht worden, allerdings eher um finanzielle Probleme der gesetzlichen KK teilweise auszugleichen. Wenn also die Erhöhung der BBG auf z.B. 6 Mio., 8 Mio. oder 20 Mio. Euro p.a. angestrebt wird, so ist dies eine Maßnahme, die dazu beiträgt, eine „gerechte Finanzierung“ (Franz Müntefering) zu gewährleisten. Auch ist eine Erhöhung der BBG in Stufen (1 Mio., 2 Mio., 4 Mio. Euro p.a. etc) ist denkbar. Die jeweils entsprechende SV-Quote ist zu ermitteln. Diese Lösung kann aber nur eine behelfsweise sein.

Die Rentenversicherung wäre so umzustellen, dass eine „Grundversorgung“ für alle sich aus den Beiträgen ergibt. Eine Grundversorgung, die ein Leben in Würde auch im Alter zulässt, unabhängig von den geleisteten Beiträgen. Damit an diesem Punkte nicht die zu erwartenden Verfassungsklagen (zu geringe oder gar negative „Verzinsung“ der Beiträge) zu erwarten sind, müsste das System der Rentenversicherung wohl aus der Sozialversicherung ausgekoppelt und in ein steuerfinanziertes System überführt werden.

Ökonomisch, gerecht, sozial und solidarisch wäre es aber, die SV komplett von der Erwerbstätigkeit zu entkoppeln, sie komplett in ein steuerfinanziertes System zu überführen. Ökonomisch, sozial, gerecht und solidarisch wäre es, alle Agenturen und Institutionen der SV aufzulösen und den Beitrag als Steuer zu

erheben. Dazu werden die derzeitigen SV-Abgaben, die im Namen der Arbeitnehmer durch die Arbeitgeber geleistet werden, den Bruttolöhnen zugeschlagen und auf diese wird ein zu ermittelnder Steuersatz erhoben (auch bei den Kapitalsteuern).

Ein solch neues System der sozialen Sicherung wäre

- zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands solidarisch und gerecht finanziert
- eine Maßnahme zur Steigerung der Wirtschaftskraft in Deutschland
- eine mögliche Lösung der wirtschaftlichen Probleme, die sich aus der demografischen Entwicklung in Deutschland ergeben.

Eine solche Umstellung ist nicht sofort zu bewerkstelligen. Aber es lohnt sich für sie zu werben und zu ringen. Für die Menschen in Deutschland und für eine solidarische, soziale und gerechte Absicherung von Rente, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Pflege.

Und der gewiss charmante Nebeneffekt einer steuerfinanzierten SV wäre, dass die Meinungsbildner, Multiplikatoren, Vorstände, Abgeordnete, Herausgeber, die Lobbyisten und Grauzonenparlamentarier einen eigenen Nutzen an der Senkung der Kosten der SV hätten. Vielleicht die Möglichkeit schlechthin, diese Kosten – insbesondere im Gesundheitswesen – irgendwann einmal in den Griff zu bekommen.

* Der Autor ist Marketingleiter in einem Berliner Unternehmen

V. i. S. d. P.: Günter Sölken, Berliner Straße 92, 13189 Berlin. (mailto:Guenter.Soelken@gmx.de)

Wenn Sie den Newsletter Grundeinkommen nicht mehr erhalten wollen, senden Sie bitte ein Mail an kontakt@grundeinkommen.de .